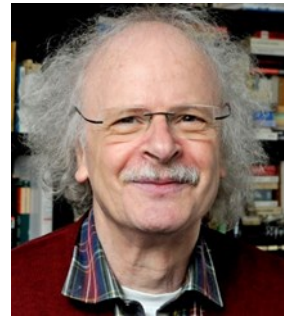


Klaus-Peter Hufer

## **Mehr Demokratiebildung wagen**

### **– Politische Bildung in einer entgrenzten Zeit**

Vortrag bei der Tagung „Mehr Demokratiebildung wagen – Handlungsmöglichkeiten politischer Erwachsenenbildung“  
4.5.2017, Wallerfangen



Der folgende Beitrag beschreibt die Situation der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland und die Herausforderungen, vor der sie steht. Die gesellschaftliche Lage wird von mir als „entgrenzt“ gesehen. Was kann bei diesem Befund politische Bildung dazu beitragen, dass eine Gesellschaft doch einen Zusammenhalt hat? Bei der Antwort auf diese Frage werde ich vier Brennpunkte beschreiben, die politische Bildung herausfordern müssen: 1. die Entwicklung der Gesellschaft, 2. die Diskussion um das Verständnis von Bildung und Politik, 3. das Professionsverständnis und das Berufsbild derjenigen, die in den Institutionen der politischen Erwachsenenbildung arbeiten, 4. die aktuellen politischen Fragen und gesellschaftlichen Veränderungen und die Antworten, die politische Bildung geben kann.

Der mir vorgegebene Titel enthält zwei Implikationen: Erstens: Politische Bildung ist eng mit Demokratie verbunden. Zweitens: Es ist ein schwieriges Geschäft, dafür zu werben – ein Wagnis. Der ersten Aussage stimme ich uneingeschränkt zu, bei der zweiten melde ich Bedenken an. Denn das Wagnis, keine Demokratiebildung zu versuchen, ist größer, als es zu unterlassen.

## **Der Blick auf die politische Erwachsenenbildung**

Wer politische Bildung organisiert, lehrt oder bildungspolitisch vertritt, hat selten richtig schöne Erfolgserlebnisse. Denn so recht weiß keiner, was aus den Angeboten, den Tagungen, Seminaren, Workshops, Vorträgen, den zur Verfügung gestellten Schriften folgt. Die Wirkung kann nicht eindeutig belegt werden. Sicher ist aber: politische Bildung ist eine stabile Säule der Demokratie. Ohne sie – das behaupte ich jetzt – wären die Probleme unserer Gesellschaft – und wir haben davon nicht wenige – noch größer, als sie bereits sind.

Da das noch von niemandem zwingend und empirisch eindeutig belegt ist, müssen sich politische Bildner/-innen mit kleinen Erfolgserlebnissen zufriedengeben. Ich hatte eines, als mir der Teilnehmer einer meiner Veranstaltungen Folgendes sagte:

*„Ich besuche gerne Veranstaltungen zu Politik und Gesellschaft, denn hier lerne ich interessante Meinungen kennen, mit denen ich mich auseinandersetzen kann. Und es geht nicht so trocken zu wie damals in meinem Sozialkundeunterricht in der Schule.“*

Im Weiteren konzentriere ich mich also auf die außerschulische politische Bildung, vor allem auf die politische Erwachsenenbildung. Aber die dargestellten Aspekte sind auch auf die politische Jugendbildung übertragbar.

Es ist eine alles andere als leichte Arbeit, die diejenigen, die hier tätig sind, übernommen haben, und viele Meriten sind auch nicht zu gewinnen: „Für die Bevölkerung, ja selbst für viele Erwachsenenbildungs- und Politikdidaktikstudierende ist politische Erwachsenenbildung oftmals eine Terra incognita. Um

einen Vergleich mit klassischen Professionen zu bemühen: Trotz berechtigter Kritik gelten Ärzte nicht weniger als `Götter in Weiß`, Priester als moralische Instanzen, Richter als geachtete Respektpersonen – und Erwachsenenbildner? In der Öffentlichkeit werden sie kaum wahrgenommen, in der einschlägigen Literatur nicht selten unter Dilettantismus-Verdacht gestellt ... Es fordert sie Phantasie heraus, sich einen politischen Erwachsenenbildner als Roman-Helden, Spielfilm-Protagonisten oder Identifikationspunkt kindlicher Berufswünsche vorzustellen“ (Scheidig 2013, S. 10).

Immerhin hat dieses Manko dazu veranlasst, mit neueren Publikationen das Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung und der politischen Erwachsenenbildung darzustellen und in seinen vielen Facetten auszuleuchten (z.B. Hufer u.a. 2013, Baltzer/Ristau/Schröder 2014; Hufer/Lange 2016; Hufer 2016, Scheidig 2016). In diesen Schriften wird deutlich, wie kreativ und vielfältig das Feld der politischen Bildung bestellt ist.

Es ist schon einiges gelungen bei dem Bemühen, die außerschulische politische Bildung aus ihrem langjährigen Schattendasein herauszuholen. Das reicht aber noch nicht, sie muss weiter gefördert und ausgebaut werden. Dafür möchte ich werben und ich freue mich darüber, dass das auch das Ziel der heutigen Veranstaltung ist.

Denn wir müssen doch mit Sorgen auf die Entwicklung unserer Gegenwart schauen. Wir leben in entgrenzten Zeiten, in denen unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Aber es bedarf eines Zusammenhalts, sollen nicht Anomie, Gleichgültigkeit und Egoismus die bestimmenden Merkmale und Handlungen der hier lebenden Menschen sein. In der politischen Bildung dagegen wird in reflexiver Weise über ein verantwortungsethisches Handeln nachgedacht.

Jedoch ist ihr Feld nicht einfach bestellt, es gibt da einige Konflikte und Friktionen.

### **Erster Brennpunkt: die Entwicklung der Gesellschaft**

Wir befinden uns in unklaren, widersprüchlich erlebten und sich darstellenden Zeiten. Eine klare Gesellschaftsanalyse, die hoffnungsvoll den Blick nach vorne zeigt, gibt es nicht mehr. Utopien sind verschwunden. Stattdessen konstatieren die Soziologen und Politologen Zerrüttung und Rückzug.

Der französische Politik-Professor Jacques de Saint Victor hat einen aktuellen Trend und die Menschen, die ihm hinterherlaufen, mit einem starken Begriff markiert: „Die Antipolitischen“ (Saint Victor 2015). In seinem gleichnamigen Buch beschreibt er ein europaweit wachsendes Phänomen, die „Antipolitik“. „Es bezeichnet eine Art moralischer Entrüstung und Rebellion vonseiten wachsender Randgruppen der Öffentlichkeit, die bestrebt sind, sich von der alten Politik zu befreien, vor allem durch die `Tugenden` des Netzes“ (ebd., 10 f.). Als einen Grund dafür sieht Saint Victor ein „Jahrhundertübel“ der westlichen Welt, nämlich eine „Vertrauenskrise“ (ebd., 17). Eine absurde Situation ist entstanden: Einerseits ein „Kult des Privaten“ (ebd., 22), andererseits „steigert das Web 2.0 die Möglichkeit, `das Wort zu ergreifen`, ins Unermessliche“ (ebd., 30).

Der einfache Klick im Internet erzeugt in der Tat ein nahezu omnipräsentes und -potentes Gefühl. Doch ist das eine qualitative Verbesserung der Demokratie? Der Autor verneint das. Er sieht ein wachsendes „Bündnis von Netz und Straße“ (ebd.,

3). Ein „antiinstitutioneller Populismus“ (ebd., 42) sei entstanden. Dessen Feind sei die „Kaste“: die Kaste der Politiker, die Kaste der Unternehmer, die Kaste der Journalisten“ (ebd., 42). Wer denkt jetzt nicht an Pegida? Deren Protagonisten und Mitläufer organisieren sich per Internet, behaupten, sie seien „das Volk“ und pöbeln auf der Straße pauschalierend gegen „die“ Politik und „die“ Journalisten, deren Repräsentanten sie als „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“ bezeichnen. Der stark und weltweit aufgekommene Populismus der Gegenwart wäre ohne das Internet, ohne Facebook und Twitter nicht so verbreitet, so vehement und so verstörend.

Für uns politische Bildner/-innen ist dieses Phänomen verwirrend. Immer wieder haben wir ja Partizipation und Demokratisierung gewollt und in unseren Vorträgen, Kursen und Seminaren darauf hingezielt. Nun äußern sich millionenfach „besorgte Bürger“ im Netz und auf der Straße. Aber statt Aufklärung ist Borniertheit, statt Kultur ist Vulgarität, statt Toleranz ist Unduldsamkeit statt Offenheit ist Enge entstanden. Und das verbreitet sich.

Immer schon hatte politische Bildung dazu aufgerufen, die „Herrschenden“, das „Establishment“ kritisch zu hinterfragen. Jetzt aber wird pauschaler Hass skandiert gegen „Politiker, Wirtschaftsvertreter, Medienleute – sie alle gehören zum vermeintlichen Establishment derer ´da oben`“ (Nachtwey 2016, 219).

Was lernen diejenigen daraus, die anderen Menschen politische Lernprozesse mit dem Ziel einer besseren, demokratischeren und freieren Welt nahebringen wollen?

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: ich sehe durchaus viele Entwicklungen durch das Netz, die Demokratie sehr gut bekommen: mehr Partizipation, mehr Transparenz, mehr Kontrolle. Aber das ist jetzt nicht mein Thema – mich beunruhigt die dunkle Seite des globalisierten Netzes.

Zum Beispiel das neue Phänomen, das in rasanter Schnelligkeit in nahezu aller Munde ist: Die Behauptung, wir lebten in einem „postfaktische Zeitalter“ (Marschall 2017). Ich rieb mir die Augen, als ich vor wenigen Tagen in der Tageschau mitverfolgte, dass Wissenschaftler/-innen ihre Büros, Institute und Labors verließen, um auf der Straße zu protestieren. Ihr Motto: „*Stand up for science!*“. „Die Forscher sind entsetzt über die neue Regierung von Präsident Donald Trump, die auf breiter Front wissenschaftsfeindliche Positionen vertritt, beispielsweise die Klimaveränderung leugnet und entsprechende Forschungsgelder kürzt. Christina Paxson, Präsidentin der Brown University in Rhode Island sagte: ´Unsere Währung sind nun einmal auf Belege gestützte Tatsachen, nicht alternative Fakten`. John Holdren, Wissenschaftsberater von Barack Obama, warnte: ´Uns könnte ein enormer Kulturwandel bevorstehen`“ (US-Wissenschaftler ...). Hinzu kommt, dass es in den Alltagserzählungen von Verschwörungstheorien wimmelt (Hepfer 2016). Warum, fragte mich neulich eine Journalistin, wird gerade von Rechten die Klimaveränderung geleugnet?

Für die politische Bildung werden dadurch die Zeiten noch schwerer, als sie bereits sind. Denn welche Überzeugungskraft haben die in ihren Veranstaltungen vermittelten Daten, Fakten und Informationen, wenn sowieso nichts mehr geglaubt wird und sich immer mehr Menschen ausschließlich aus den Kammern und Blasen ihre medialen Netzwerke informieren? In einem meiner Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen fragte mich neulich ein Teilnehmer. Wieso soll ich Ihnen glauben, wenn ich mir aus dem Netz tausende Gegenmeinungen herausfiltern kann?

Hinzu kommt eine weitere, schon seit langem eingetretene Entwicklung: Vor ca. 25 Jahren bereits hat Ralf Dahrendorf in den westlichen Demokratien den Verlust der „Ligaturen“ beschrieben. Das sind „tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt der Optionen zu finden“ (Dahrendorf 1992, S. 41). In der modernen Demokratie übernahmen diese Aufgabe beispielsweise Parteien, Kirchen und Gewerkschaften. Sie alle müssen seit Jahren einen massiven und offensichtlich unaufhaltsamen Schwund ihrer Mitglieder hinnehmen. Die Folgen für eine repräsentative Demokratie und für die Bindekräfte einer auf Humanität und sozialen Ausgleich verpflichtete Gesellschaft sind jetzt schon absehbar.

Konkret wird das durch eine aktuelle im vergangenen Jahr veröffentlichten repräsentative Befragung. Es geht um das „Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen“. 13 wurden genannt, die Befragten sollten angeben, zu welchen sie Vertrauen hätten, zu welchen das „teils/teils“ der Fall wäre und zu welchen sie kein Vertrauen hätten. Auf den letzten Platz kamen die politischen Parteien mit einem Vertrauensbonus von gerade 23,1%. Vor ihnen rangierten die Kirchen mit einem Vertrauenszuschuss von nur 31,1%. Bezeichnend für den hier diskutierten Zusammenhang ist, dass der private Rundfunk und die sozialen Medien mit 35% bzw. 36% für vertrauenswürdiger eingeschätzt wurden als Kirchen und politische Parteien. Auf den ersten Platz kam übrigens die Polizei mit 65,5%, gefolgt vom Bundesverfassungsgericht mit 63,5% (Decker/Kies/Brähler 2016, 60).

In dieser Situation soll politische Bildung für politisches Engagement werben. Das ist ein schwierig zu lösender Anspruch. Aber politische Bildung darf nicht gleichgesetzt werden mit dem Handeln der etablierten politischen Akteure.

### **Zweiter Brennpunkt: der Bildungs- und Politikbegriff**

Bei politischer Bildung geht es ... um Politik und ... um Bildung. Wer wollte das bezweifeln? Doch niemand kann definieren, was in einer an Informationen überbordenden Gesellschaft für die Millionen Einzelnen mit ihren jeweils unterschiedlichen, auch gegensätzlichen Voraussetzungen und Interessen relevante Kenntnisse und notwendiges Wissen sind, um von da zur „Bildung“ zu kommen. Der Bildungsbegriff ist ein schier unendliches Thema, oft beschrieben, oft einseitig festgelegt, oft instrumentalisiert, oft missbraucht. Zweifelsohne aber ist Bildung „vor allem Selbstbildung“ (Hastedt 2012, 7). Immerhin, da ist der wohl einzige gemeinsame Nenner: Bilden müssen sich die Menschen selbst.

Gibt es dabei „Lernziele“? Zumindest dieses: „Zusammenhang herstellen!“ (Negt 2010, 207). Es geht um die „*Wiederherstellung der wirklichen Zusammenhänge der Welt. Der aufgeklärte Mensch ist der diese Zusammenhänge begreifende Mensch, und das ist die Grundlage seiner Mündigkeit*“ (ebd., S. 211).

Das ist schwer in einer Gesellschaft, die als pluralisiert, individualisiert, ja als fragmentiert beschrieben wird.

In dem Zitat von Oskar Negt tauchen zwei zentrale Begriffe auf, die alles umfassen, was Bildung insgesamt, aber politische Bildung im Besonderen ausmacht, ihr zu Grunde liegen und wobei sie die Teilnehmer/-innen ihrer Veranstaltungen unterstützen soll: Aufklärung und Mündigkeit.

Die klassische Definition von Aufklärung hat Kant gegeben:

*„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung“* (Kant 1995, 162). Diese Aussage aus dem Jahr 1784 überragt die Zeiten.

In der Mündigkeit des Subjekts erfüllt Bildung ihren Zweck (siehe Mollenhauer, 2007, S. 252). Eine wie auch immer geartete Bevormundung, Fremdbestimmung und Vorgabe von zu erreichenden Bildungs- oder Lernzielen widerspricht der Prämisse von der Mündigkeit.

Hier ergibt sich eine spannungsreiche Dialektik: Denn institutionalisierte und organisierte Bildung verfolgt eine Absicht, hat einen politisch gewollten Auftrag zu erledigen. „Sie enthält eine Antithese zur Mündigkeit ..., alle Institution ist Herrschaft“ (Heydorn 1980, S. 97). Doch da bleibt die Entwicklung nicht stehen, der Bildungsanspruch entzieht sich letztendlich der Herrschaftsabsicht. Die Vermittlung von Bildung „enthält die Möglichkeit ... das Selbstverständliche zu bezweifeln“ (ebd., 99).

Das heißt: Bildung ist immer befreiend und widerspenstig ... und damit auch politisch. Das müssen auch die aushalten, die Bildung organisieren, verwalten und finanzieren

Fast genauso so schwierig, wie es ist, den Bildungsbegriff zu definieren, ist es mit der eindeutigen Beschreibung dessen, was „Politik“ ist. Da gibt es Traditionslinien, die miteinander nicht zu vereinbaren sind und Kategorien, die sich widersprechen. Es gibt mehrere Dimensionen und Handlungsfelder: Polity, Policy, Politics. Und schließlich ist Politik „entstaatlicht“, verstreut, globalisiert, findet national, bi- oder multinational, übernational und weltweit an unendlichen Orten und durch unzählige Akteure mit ebenso vielen Legitimationen, Intentionen und Interessen statt (siehe Hufer 2016, 9 - 13, Boeser-Schnebel u.a., 2016, 24 - 28).

Folgerichtig gibt es auch keine allgemein verbindliche, allseits akzeptierte Definition von politischer Bildung. Im besonderen Feld der politischen Erwachsenenbildung lassen sich Ziele nicht ohne weiteres so benennen, dass sie die Zustimmung aller unterschiedlichen Standpunkte, Sichtweisen und Theorien finden würden. Denn in der Vielfalt ihrer Organisationen, Träger, Institutionen und Einrichtungen spiegelt sich die Realität einer pluralen Demokratie. Dem entsprechend gibt es viele Ansichten darüber, was politische Bildung bezwecken soll. Letztendlich geht es in ihr aber immer darum, Verständnis für die Alternativlosigkeit einer sozialen Demokratie zu wecken und zu festigen, die demokratischen Regelungen und Entscheidungswege einsichtig zu machen, ein Engagement für die Einhaltung und Verteidigung der Menschenrechte zu bewirken und sich der Ablehnung von Extremismus, Totalitarismus und Diskriminierungen bewusst zu sein. Das versteht sich nicht von selbst, denn die Menschen werden nicht unbedingt als Demokraten geboren: *„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss* - immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt, 2010, 13, S. 174).

Wer sich einem emanzipatorischen Verständnis von Demokratie und politischer Bildung verbunden fühlt, für den gilt, was Oskar Negt klar formuliert hat: *„Politische*



*Bildung* kann nicht gelingen, wenn die Systemfrage ausgeklammert bleibt. Wo leben wir? Was sind die bestimmenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse? Wenn diese Fragen als modernisierungsschädlich ausgegrenzt werden, ist politische Bildung lediglich Verdoppelung der Realität“ (ebd. 24).

Damit stellt sich eine wirklich brennende Frage für das pädagogische Personal.

### **Dritter Brennpunkt: die Profession**

Das demokratiethoretisch und von der Bildungsidee her zweifelsfrei gut zu begründete Postulat von Oskar Negt kollidiert oft mit der Möglichkeit, auch Taten folgen zu lassen. Eine kompromisslose Kritik der herrschenden Strukturen schafft Reibungen und Konflikte, zumal die Trägerorganisationen (Kommunen, Parteien, Kirchen, Verbände) selbst Teile dieses herrschenden Systems sind. Das zeigt sich insbesondere, wenn eine Bildungsveranstaltung handlungsorientiert angelegt ist – ein notwendiges Ziel politischer Bildung! – und sich daraus Aktivitäten entwickeln. Da kann es leicht zu Problemen und Repressionen kommen. Das Verhältnis von Reflexion und Aktion ist in der politischen Erwachsenenbildung prinzipiell spannungsgeladen (siehe Hufer 2011 und 2012).

Fritz Borinski, der Nestor der politischen Erwachsenenbildung der frühen Bundesrepublik, hatte bereits 1954 in seinem wegweisenden und immer noch lesenswerten Buch „Der Weg zum Mitbürger“ geschrieben: Den „Lehrer“ der politischen Bildung solle „Mut zur Wahrheit und Freiheit“ auszeichnen: „Er muß den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen und von der Meinung, die ‘man` zu vertreten hat und die ‘man` auch von ihm erwartet, abzuweichen“ (Borinski 1954, 167). Das ist heute, wenn sich auf eine Stelle in der Erwachsenenbildung hunderte Universitätsabsolventen bewerben und dann oft nur ein befristeter Job herauskommt, nicht mehr selbstverständlich. Wer zu viel Mut zeigt, riskiert unter Umständen seinen Arbeitsplatz oder bekommt ihn erst gar nicht.

Ganz und gar nicht problemfrei sind auch das professionelle Verständnis und das Berufsbild politischer Erwachsenenbildner/-innen. Denn sie arbeiten ja in unterschiedlichen Bezügen, Organisationen und Institutionen. Die Handlungsfelder sind – dem pluralen Verständnis von Erwachsenenbildung entsprechend – vielfältig und an zahlreichen, unterschiedlichen Orten platziert. Es ist ein Unterschied, ob jemand beispielsweise gut dotierter verbeamteter Fachbereichsleiter einer großstädtischen Volkshochschule, angestellter Bildungsreferent in einem gewerkschaftlichen Bildungszentrum oder freiberufliche Honorarkraft in gleich mehreren Institutionen und Organisationen ist. So entwickeln sich spezifische Praxiserfahrungen und -kenntnisse, die professionelles Handeln generieren und manifestieren.

Was die Profession besonders beschäftigen muss, ist die Tatsache, dass viele der nebenberuflich, oft auch hauptberuflich tätigen Honorarkräfte in prekären Verhältnissen nicht selten am Rande des Existenzminimums leben (Dobischat/Hufer 2012). In den Volkshochschulen arbeiten 87% der dort Tätigen auf Honorarbasis (Autorengruppe 2016, 152), nicht alle schlecht bezahlt, aber sehr viele doch.

Kann daher von einem Berufsbild/einer Profession die Rede sein? Wenn ja, was sind die Kennzeichen und Kriterien, die unbezweifelbaren und unverwechselbaren Standards der Profession?

Diesen Fragen sind zwei Projekte nachgegangen (Hufer/Richter 2014, Hufer u.a. 2013).

Herausgekommen ist einmal, dass sich die Profession der politischen Erwachsenenbildner/-innen erheblich von der der Politiklehrer/-innen an den allgemeinbildenden Schulen unterscheidet. Das geht so weit, dass sich die Frage stellt, ob es nicht zwei komplett unterschiedliche Berufe sind. Zum anderen aber kann man für die politische Erwachsenenbildung feststellen, dass es trotz ihrer großen Heterogenität doch gemeinsame professionelle Standards gibt. Es gibt Kompetenzen, die jeder braucht, um in diesem Feld professionell zu arbeiten. Christine Zeuner hat hierfür folgende Kompetenzen genannt:

Fachkompetenz, Methodenkompetenz, soziale Kompetenz und reflexive Kompetenz“ (Zeuner 2013, 85).

In unserem Projekt „Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln“ (Hufer u.a. 2013) sind wir der Frage nachgegangen, politische Bildnerinnen und Bildner in der außerschulischen politischen Bildung wissen und können müssen. Wir haben in dieser vom Ministerium für Bildung und Forschung und vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben getragenen Untersuchung auf vielen Wegen schließlich neun Themen, Kriterien und Kategorien herausgearbeitet, deren Kenntnis und Reflexion für die politische Bildung unverzichtbar und notwendig sind (Hufer u.a. 2013, 370 – 404); wir haben sie Kernmodule genannt:

1. Die Philosophie des Faches
2. Bezugswissenschaft Politikwissenschaft
3. Politische Bildung und ihre Geschichte
4. Politikdidaktik – eine Nachbardisziplin?
5. Die Koordinaten – Das Bezugssystem politischer Bildung
6. „Handwerkszeug“: Methodik und Didaktik
7. Spezifika der politischen Erwachsenenbildung
8. Spezifika der außerschulischen politischen Jugendbildung
9. Wer „lernt“ wie und warum?

Als unumstößliches, ja zentrales Merkmal der Dignität und Professionalität politischer Bildung wird immer wieder der Beutelsbacher Konsens genannt. Auch wenn er in die Jahre gekommen ist – nun ist er schon 51 Jahre alt – wird weiter über ihn und seine Bedeutung für die politische Bildung diskutiert (Widmaier/Zorn 2016). Auch ich habe mich an dieser Debatte beteiligt. War ich bei der „Jubiläumstagung“ im Jahr 1996 noch skeptisch, ob wir in der Erwachsenenbildung diesen Konsens brauchen, so bin ich heute etwas geläutert und bejahe das.

Denn erstens bietet das Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsens einen Schutz vor Übergriffen oder deren Absichten durch die bildungspolitischen Träger und Organisationen wie von Kommunalpolitiker/-innen dominierten Volkshochschulen, von Funktionären beherrschten Gewerkschaften, Kirchen oder Parteien. Sie verfolgen – das ist ja legitim – partielle, weltanschauliche und politische Ziele. Da kann es sehr leicht dazu kommen – und das war und ist auch häufig genug der Fall – dass diese Intentionen von den Mitarbeiter/-innen in den Bildungseinrichtungen ebenfalls erwartet werden. Damit wird politische Bildung zu einer erzwungenen, angeordneten und gleichgeschalteten Gesinnungseinrichtung. Im Zweifelsfalle ist sie zwar noch politisch, aber sie ermöglicht keine Bildung mehr. „Bildungsarbeit“ hat eine andere Legitimationsgrundlage als politisches Handeln

zum Zwecke der Interessenabsicherung oder des Machterhalts. Da verschafft ein Hinweis auf das Überwältigungsverbot für bedrängte Pädagog/-innen zumindest Luft. Nebenbei aber ist aus lernpsychologischer Sicht ein Überwältigungsverbot für die Lehrenden weitgehend sinnlos. Denn so einfach ist es nicht, Erwachsene zu „überwältigen“, d.h. zu indoktrinieren, zu überrumpeln, zu agitieren oder zu manipulieren. Schließlich gilt, was durch Horst Siebert zu einem geflügelten Bonmot geworden ist: „Erwachsene sind *lernfähig*, aber meist unbelehrbar“ (Siebert 2015, 91).

Zweitens unterstreicht das Kontroversitätsgebot, dass „Mündigkeit“ die anthropologische und philosophische Grundlage dessen ist, was Erwachsenenbildner/-innen unter Subjektorientierung verstehen. Das bedeutet, den Anspruch der Aufklärung, d.h. der Selbstaufklärung vor Augen, ohne Wenn und Aber die Dimensionen des jeweils eigenen Verstandes frei auszuloten und auszuschöpfen. Nichts darf verschwiegen und vorenthalten, nicht manipuliert werden. Das Kontroversitätsgebot meint aber auch, es nicht im Sinne des Mainzer Karnevals allen wohl und niemandem weh zu tun. Es ist keine repressive Toleranz gemeint, die nur die Interessen und Positionen lediglich der Durchsetzungsstarken und Artikulationsfähigen widerspiegelt. Unter der Rubrik „Kontroversitätsgebot“ kann auch die merkwürdigerweise in Vergessenheit geratene Maxime der „Gegensteuerung“ reaktualisiert werden: „Als Gegensteuerung wird eine Funktion erwachsenengerechter Gesprächsführung bezeichnet, die der Teilnehmerorientierung dient. Dadurch ist es Aufgabe der Gesprächsleitung, im Sinne der ‚Kontroversität‘ (Beutelsbacher Konsens) Einseitigkeiten in der Diskussionsentwicklung zu verhindern. Die Korrektivfunktion bezieht sich nicht nur auf die Gewichtung der Inhalte und Meinungen. Gegensteuerung erscheint bei einer offenen Diskussion auch angebracht, um jeweils einen Ausgleich zu erreichen zwischen Eilfertigkeit und Beharrungstendenzen, Vereinfachung und Komplizierung, Verallgemeinerungen und Personalisierungen. Es geht um ... ein Verhelfen zur Einsicht in Mehrdeutigkeit anstelle von monokausalen Erklärungen“ (Tietgens 1999, 86). Das Kontroversitätsgebot ist eine Aufforderung, wenn beispielsweise – wie ich selbst oft erlebt habe – Rechtsextreme eine Bildungsveranstaltung sprengen oder majorisieren wollen. Dann ist es professionell geboten, kontrovers, standhaft und stark dagegen zu halten. Aber auch wenn allzu dominant auftretende Teilnehmer/-innen Verlauf und Inhalt einer Veranstaltung bestimmen wollen, ist es Aufgabe der Pädagogin bzw. des Pädagogen, die nicht artikulierten Positionen ins Spiel zu bringen. Das ist auch eine Notwendigkeit, die sich aus der vielleicht einzigen konsensfähigen didaktischen Kategorie der politischen Erwachsenenbildung heraus ergibt: der Teilnehmerorientierung.

Das dritte Konsensmerkmal ist die Orientierung an den Interessen der Teilnehmer/-innen. Es ist selbstredend, dass Erwachsene als mündige Subjekte ihre Interessen souverän artikulieren und vertreten können (sollen). Insofern ist dieses Konsensmerkmal ein Gemeinplatz in einem professionellen Verständnis vom Lernen Erwachsener. Wichtig ist aber auch, dass man den entscheidenden Halbsatz nicht vergisst: Die „Schüler“ (so die damalige Diktion – an Erwachsenenbildung dachte man nicht) soll in die Lage versetzt werden, „nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“. Im Klartext ist das nicht anders zu lesen als eine Bekräftigung der Tatsache, dass zum politischen Lernen unmittelbar verknüpft das politische Handeln gehört.



Das alles versteht sich nicht von selbst. Vieles geht unter im Kleinklein des alltäglichen institutionellen Pragmatismus. Daher muss daran gearbeitet werden, dass die Kompetenzen für eine professionell arbeitende politische Bildung bewahrt, gepflegt und kollegial diskutiert werden. Dafür bedarf es Raum, Zeit, Förderung und Knowhow.

Falk Scheidig hat der Zunft in seiner jüngst erschienenen, äußerst gehaltvollen und materialreichen empirischen Studie „Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis“ ein eindeutiges Dilemma bescheinigt. Aus mehreren Gründen hält er es für „wenig gerechtfertigt ... der politischen Erwachsenenbildung den Status einer Profession zuzubilligen“ (Scheidig 2016, 146), Dabei lenkt er den Blick auf diejenigen, die vor Ort die eigentliche Arbeit leisten: die fast durchweg frei- oder nebenberuflich beschäftigten Kurs- und Seminarleiter/-innen. Gerade sie sind es, die „in starkem Maße die Institutionen nach außen vertreten“ (ebd., 99). In von Scheidig durchgeführten qualitativen Interviews wird – in mich erschreckender Weise – deutlich, wie disparat, theoriefern-, ja auch theoriefeindlich und ohne Beziehung zu für die Erwachsenenbildung relevanten Bezugswissenschaften viele ihre Arbeit machen. Hier wäre ein notwendiger Ansatzpunkt, an der Qualität der politischen Erwachsenenbildung zu arbeiten und dem vielfach vorhandenen Eindruck entgegenzutreten, das, was da geschieht, sei sowieso nur beliebig.

#### **Vierter Brennpunkt: die Themen**

Es gibt gegenwärtig zwei Tendenzen, die die Existenz öffentlich geförderter politischer Bildung gefährden: Einmal wird der Staat „verschlankt“, viele Einrichtungen werden privatisiert und/oder einem „Markt“ übergeben. Aus dieser neoliberalen Grundhaltung heraus werden Einrichtungen aus den Bereichen Kultur, Soziales und Bildung zur Disposition gestellt. Zum anderen geht damit einher auch eine Umwidmung von Bildung zu Kompetenzen, entfernt man sich von den Ideen der Aufklärung und ersetzt diese durch eine immer wieder propagierte und nahezu ausschließlich geforderte Notwendigkeit zur Employability und individuellen Qualifizierung. Das sind Entwicklungen, die politischer Bildung – zumindest in der von mir beschriebenen Auffassung – diametral entgegenstehen.

Daher sei noch einmal an die Unverzichtbarkeit von politischer Bildung erinnert. Das soll in knappen Thesen geschehen:

- Demokratie lebt von Demokraten. Orte, an denen sie sich treffen, sich informieren, ihre Meinungen und Interessen austauschen und ihre politischen Ideen abgleichen, Solche Orte sind die Veranstaltungen zur politischen Bildung.
- Der modernen Gesellschaft gehen die „Ligaturen“ verloren, Davon war schon die Rede. Die Foren, die politische Bildung anbietet, können sie zwar nicht ersetzen, aber in einer zunehmend unübersichtlichen Welt Rückbesinnung, Bindungen und Orientierungen ermöglichen.
- In einer Zeit, in der sich fast alles von einem (nicht mehr vorhandenen) Zentrum weg zu diversen Orten der Peripherie verlagert, sind Plätze und Kräfte erforderlich, die das allgemein Verbindliche einfordern und zusammenhalten. Auch hier kann politische Bildung einen wesentlichen

Beitrag leisten. „Die politische Bildung hat gemeinsam mit der kulturellen, der ethischen Bildung und anderen Bereichen der humanistischen Bildung für den Grundwasserstand des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sorgen“ („Politische Bildung ist ...“ 2015, 18).

- Immer mehr Bürger/-innen und Bürger zeigen Aversionen gegen die etablierte Politik. Die Institutionen der politischen Bildung können Brücken sein, die von der totalen Entfremdung wieder zurückführen. Sie können es zumindest versuchen. Die optimistische Überzeugung, dass Aufklärung durch Vernunft möglich sei, gehört zu den Grundprinzipien politischer Bildung. Bertolt Brecht lässt seinen Galilei sagen: „Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß. Ihr erliegen die meisten, auf Dauer alle. Das Denken gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“ (Brecht, 1968, 35).
- Trash-TVs und Oberflächen-Statements in Talkshows banalisieren gesellschaftspolitische Themen. Statt einer solchen Desinformation sorgt politische Bildung für gründliche und argumentationssichere Meinungsbildung.
- In einer höchst komplexen, diffundierenden und zerstreuten Gesellschaft stellt sich die Frage nach dem Kompass und danach, welche Ethik die Richtung bestimmt. Bei den Veranstaltungen der politischen Bildung können sich Bürgerinnen und Bürger treffen, um ihre eigenen Wege und Maßstäbe in der allgemeinen Unsicherheit und Unübersichtlichkeit zu finden.
- Wenn das Leben immer mehr betriebswirtschaftlich gedacht und in fast allen Facetten nur noch so entschieden wird, wenn nur noch der eigene ökonomische Vorteil zählt, dann bleiben Gerechtigkeit und Solidarität auf der Strecke. Die „Freiheit“ wird zur Freiheit der Konsumentenscheidung und der Wert wird zum Preis. So wird der moralische Kitt für eine Gesellschaft verbraucht. Dagegen ist es eine elementare Leitidee von politischer Bildung, das Wechselverhältnis von Freiheit und Gleichheit/Gerechtigkeit auszuloten.
- Die fortschreitende Globalisierung bringt es mit sich, dass sich immer mehr Menschen zunächst als Fremde begegnen. In den Veranstaltungen der politischen Bildung werden Vorurteile in Frage gestellt, Begegnungen geschaffen, einander „Fremde“ lernen sich kennen und verstehen.
- Eine zivile Gesellschaft lebt von der wechselseitigen Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Kulturen und Herkunft: Diese ist aber durch Fundamentalismen, autoritäre Einstellungen und totalitäre Ideologien gefährdet. Politische Bildung ist dagegen eine Anwältin für Menschenrechte und Toleranz.
- Schließlich komme ich auf einen bereits erwähnten Punkt zurück: Das Internet hat einerseits neue Kommunikationsformen und zivilgesellschaftliche Kampagnen ermöglicht. Das ist ein Potenzial, das Demokratie nützt. Andererseits hat das weltweite Netz auch zu Solipsismus und Rückzug geführt. Das wiederum gefährdet Demokratie, die von einer vitalen Öffentlichkeit lebt. Politische Bildung ist herausgefordert, das eine zu fördern und das andere zu problematisieren. Mit Hilfe des Webs unterstützt sie politische Reflexion und stellt antipolitische Ressentiments in Frage.

Insgesamt sehe ich, dass die Zentrifugalkräfte der Gesellschaft schwinden, das, was sie zusammenhält, erodiert. Wenn wir da nicht mehr politische Bildung wagen, riskieren wir, dass unsere Gesellschaft insgesamt zum Wagnis wird.

## Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2016

Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim: Wie politischer Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung, Schwalbach/Ts. 2014

Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian: Politik wagen. Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts. 2016

Borinski, Fritz: Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland, Düsseldorf und Köln 1954.

Brecht, Bertolt: Leben des Galilei, 8. Aufl., Frankfurt 1968

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016

Dahrendorf, Ralf: der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992

Decker, Oliver/Kiess, Johannes, Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016

Dobischat, Rolf/Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Weiterbildung im Wandel, Programm und Profil auf Profitkurs, Schwalbach/Ts. 2012.

Hastedt, Heiner (Hrsg.): Was ist Bildung? Eine Textanthologie, Stuttgart 2012

Hepfer, Karl: Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft, Bonn 2016

Heydorn, Heinz-Joachim: Ungleichheit für alle. Zur Neufassung des Bildungsbegriffs.

Bildungstheoretische Schriften 3, Frankfurt/M. 1980

Hufer, Klaus-Peter, Heterogenität oder gemeinsame Lernideen? Wo ist der Beutelsbacher Konsens in der außerschulischen politischen Bildung?, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens?, Schwalbach/Ts. 1996, S. 39 -64

Hufer, Klaus-Peter: Politische Bildung und politische Aktion. Rekonstruktion der Kontroversen und der Konsequenzen seit den 60er Jahren, in: Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2011, S. 67 - 81

Hufer, Klaus-Peter: Reflexion oder Aktion – Die Diskussion in der politischen Erwachsenenbildung, in: Georg Weißeno/Hubertus Buchstein (Hrsg.): Politisch Handeln – Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen, Bonn 2012, S. 320 – 334

Hufer, Klaus-Peter: Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, Bielefeld 2016

Hufer, Klaus-Peter/Richter Dagmar: (Hrsg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen, Bd. 1355 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für

politische Bildung, Bonn 2013, 334 S.

Hufer, Klaus-Peter/Länge, Theo/ Menke, Barbara/ Overwien, Bernd/Schudoma, Laura: Wissen und Können in der politischen Bildung. Wege zu professionellem Handeln, Schwalbach/Ts. 2013, 446 Seiten (und CD-ROM)

Hufer, Klaus-Peter/Lange, Dirk (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2016

Hufer, Klaus-Peter: Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, Bielefeld 2016 (auch erschienen als Band 1787 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016)

Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Band 6, hrsg. von Rolf Toman, Köln 1995, S. 162 – 170

Marschall, Peter: Lügen und Politik im „Postfaktischen Zeitalter“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2017, S. 17 – 22

Mollenhauer, Klaus: Erziehung und Emanzipation, in: Franzjörg Baumgart (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungstheorien. Erläuterungen - Texte - Arbeitsaufgaben, 3. Aufl., Bad Heilbrunn/Obb. 2007, S. 251 – 259

Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, 2. Aufl., Berlin 2016

Negt, Oskar: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010

„Politische Bildung ist die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“, in: Sächsischer Volkshochschulverband. Jahresreport 2015, S. 16 – 18

Saint Victor, Jacques de; Die Antipolitischen, Hamburg 2015

Scheidig, Falk: Profession, Professionalisierung und Professionalität politischer Erwachsenenbildung, in: Journal für politische Bildung 4/2013, S. 8 -15

Scheidig, Falk: Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Eine empirische Studie zu wissenschaftsbasierter Lehrtätigkeit, Bad Heilbrunn 2016

Siebert, Horst, Erwachsene – lernfähig aber unbelehrbar. Was der Konstruktivismus für die politische Bildung leiste, Schwalbach/Ts. 2015

Tietgens, Hans, Gegensteuerung, in: Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2. des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach/Ts. 1999, S. 86

US-Wissenschaftler wagen den Aufstand gegen Trump, in: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/proteste-in-boston-us-wissenschaftler-wagen-den-aufstand-gegen-trump-1.3386855> (aufgerufen am 23.4.2017)

Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens?: Eine Debatte in der politischen Bildung, Bonn 2016

Zeuner, Christine: Welchen Kompetenzbegriff sollte man in der politischen Bildung zugrunde legen?, in: Hufer u.a. 2013, a.a.O., S. 82 – 86

Autor: Klaus-Peter Hufer, Dr. rer. pol. und phil. habil, außerplanmäßiger Professor an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen